

# AGOS aktuell

Informationen der Arbeitsgruppe Ostseeraum



Nr. 12

Juli 2015

Sehr geehrte Leser,

mit dieser besonderen Ausgabe von *AGOS aktuell* schauen wir zurück auf die, vom 26.-27. Juni 2015 in Rostock durchgeführte, Konferenz „Politik und Gesellschaft im Ostseeraum“.

Die interdisziplinäre Konferenz widmete sich der Frage, inwieweit der Ostseeraum eine „Modellregion“ darstellt. Es wurden Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze in verschiedenen Themenfeldern und Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern diskutiert. Dabei kamen Referentinnen und Referenten aus Deutschland, Dänemark, Schweden und Finnland zu Wort.

Mit freundlichen Grüßen aus Rostock

Prof. Dr. Nikolaus Werz  
Leiter der Arbeitsgruppe Ostseeraum

## Inhalt

### Konferenzbericht: Politik und Gesellschaft im Ostseeraum – Gegenwart und Zukunft einer „Modellregion“

Tag 1 (26. Juni 2015) ..... 3

Tag 2 (27. Juni 2015) ..... 6



Universität Rostock  Traditio et Innovatio



Politik und Gesellschaft im Ostseeraum  
Gegenwart und Zukunft einer „Modellregion“

26. und 27. Juni 2015  
Universitätshauptgebäude  
Aula

Universitätsplatz 1

INSTITUT FÜR POLITIK- UND VERWALTUNGSWISSENSCHAFTEN

HERBERT QUANDT-STIFTUNG 



# Konferenzbericht zur Tagung „Politik und Gesellschaft im Ostseeraum - Gegenwart und Zukunft einer ‚Modellregion‘“

Lisa Marie Kupsch, Florian Lemke und Franziska Trommer\*

25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Blockgegensatzes kann die Frage nach gesellschaftspolitischen Veränderungen und Herausforderungen im Ostseeraum erneut gestellt werden. Seit 1989 gilt die Region des Ostseeraumes als Modell einer friedlichen und kooperativen Entwicklung, indessen sind mit den Ereignissen in der Ukraine 2014 Befürchtungen über die künftige Rolle Russland aufgekommen. Das zweitägige Symposium am 26. und 27. Juni 2015 des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre der Universität Rostock in Kooperation mit der Herbert-Quandt-Stiftung sollte einen Blick auf die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen werfen und offerierte Referenten, Wissenschaftlern, und Gästen die Leitfragen: Wie verläuft der Wandel in der „Modellregion“? Lassen sich die nordischen bzw. skandinavischen Erfahrungen beziehungsweise die in den neu hinzugekommenen Transformationsstaaten auf andere europäische Länder übertragen?

Die Tagung näherte sich diesen Fragen in zwei Schritten: Zunächst wurde der Ist-Zustand in der Region erfasst und mithilfe einer interdisziplinären Betrachtung die historischen und kulturellen Voraussetzungen, die politischen Systeme und die Zusammenarbeit der Anrainerstaaten untereinander analysiert. Danach widmete sich das Symposium den aktuellen Herausforderungen im Ostseeraum aus verschiedensten wissenschaftlichen Betrachtungsweisen. Unterschiedliche Themenbereiche wurden behandelt: Gesellschaft und Demographie, Bildung und Kultur, sicherheitspolitische Aspekte sowie Ehrenamt und Zivilgesellschaft. In den einzelnen Abschnitten wurden dabei die Entwicklungen, die aktuellen Herausforderungen und mögliche Szenarien diskutiert und dargelegt.

Die Teilnehmer der Konferenz waren aus fast allen Anrainerstaaten des Ostseeraums angereist und konnten somit ein breites Spektrum an regionalen Aspekten darlegen. Es referierten Wissenschaftler aus Dänemark, Deutschland, Finnland, Litauen und Schweden.

Am Freitagabend sprach zudem die estnische Botschafterin in Deutschland, *Dr. Kaja Tael*, über neue Herausforderungen der Ostseepolitik aus der Perspektive Estlands.

## Tag 1: Ist-Zustand und aktuelle Herausforderungen

Mit der Begrüßung und Einleitung von *Prof. Dr. Werz* und *Dr. Roland Löffler*, begleitet durch ein Grußwort des Rektors der Universität Rostock, *Prof. Dr. Wolfgang Schareck*, wurde das Symposium eröffnet.

Das erste Panel „*Der Ostseeraum: Zur Konstruktion und Dekonstruktion einer ‚Modelregion‘*“ griff verschiedene Herangehensweisen den Ostseeraum zu vermessen auf.

*Prof. Dr. Dr. h.c. Michael North* von der Universität Greifswald sprach zur *historisch-kulturellen Vermessung* des Ostseeraums.

Der Ostseeraum wird als eine Region charakterisiert, die seit Jahrtausenden Schauplatz eines intensiven kulturellen Austausches ist. Durch die Schifffahrt als Kommunikationsträger wurden Handel, Kulturkontakt und Verständigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen möglich. Migrationsströme förderten Transformationsprozesse, die den staatlichen Entwicklungen und Verdichtungen entgegenliefen. Das Verständnis des Raumes ist in der neueren Forschung der Geographie und der Kultur- und Geisteswissenschaften („*spatial turn*“) weiterentwickelt worden. Raumbildungsprozesse und Raumbildungsfunktionen sind nicht von Natur gegeben, sondern von Akteuren konstruiert. Daher gäbe es auch viele verschiedene, multiple Ostseeräume, die einer kontinuierlichen Neuerfindung unterlägen. Im Folgenden stellte *North* die verschiedenen Konstruktionen der Ostsee als Raum seit dem Mittelalter bis zur EU-Ostseeraumstrategie von 2009 vor, die auch als eine Raumkonstruktion verstanden werden kann. Nicht zu vernachlässigen sind dabei die landesspezifischen sprachlichen Begrifflichkeiten der Ostseeanrainer für das Wort „Ostsee“, beispielsweise heißt die Ostsee im estnischen Läänemeri; übersetzt: „Westsee“.



Michael North (© AGOS 2015).

*Prof. Dr. Bernd Henningsen*, Gründungsdirektor des Nord-europa-Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin, skizzierte in seinem Vortrag „*Eine politische-kulturelle Vermessung*“ anhand von zehn historischen und aktuellen Punkten die politische Kultur des Ostseeraums. Die Ostseeregion scheint dabei auf der mentalen und politi-

schen Landkarte fest verankert zu sein, jedoch sei sie hybrid, weil keine Einigkeit herrscht, was damit gemeint sei, welche Staaten und Regionen dazu gehören und wodurch sich Räume überhaupt konstituieren. Dabei ist zu bedenken, dass der Raumbegriff im nationalsozialistischen Deutschland missbräuchlich verwendet wurde und durch kulturellen Rassismus geprägt war.

Der Referent stellte die Heterogenität der Ostseeräume heraus: In der Region gibt es mindestens neun verschiedene Sprachen und Ethnien, sieben Währungen, unterschiedliche politische Kulturen, drei verschiedene praktizierte Formen des Christentums und keine gemeinsame politische Öffentlichkeit sowie keine politische programmatische Zusammenarbeit der Parteien. Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen die Ostseestaaten durch die Einbindung in unterschiedliche

In der Diskussion wurde angefügt, dass die Ostseeregion aus historischer Sicht auch in der Zeit des Kalten Krieges eine Rolle gespielt habe, die vermutlich „im Westen“ weniger wahrgenommen wurde. Weiterhin wurde gefragt, was die Regionenbildung befördert. So sind es ähnliche nationale, politische und/oder wirtschaftliche Interessen, wie sie bspw. in der Umweltpolitik (HELCOM) formuliert werden. Zum anderen fehle es jedoch an funktionierenden Institutionen im Ostseeraum, die gemeinsame Interessen durchsetzen könnten. In einer weiteren Anmerkung wurde hinzugefügt, dass die Ostsee in der Öffentlichkeit als „europäisches Meer“ oder „EU-Binnenmeer“ verstanden werde, jedoch sei es nach internationalem Seerecht ein „offenes Meer“. Die Vernetzung der Weltmeere und der Akteur Russland müssen dabei mitbedacht werden.



Bernd Henningsen (© AGOS 2015).

Bündnisse keine gemeinsame Strategie. Von einer Modellregion „Ostseeraum“ ist deshalb mit Vorsicht zu sprechen, weil sie niemals ein zusammenhängendes „Stück“ Realität war oder ist.

Der letzte Vortrag des Panels „Eine ökologische Vermessung – Umweltprobleme in der Ostsee aus der Perspektive des globalen Wandels“ von PD Dr. Maren Voß, vom Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW), beschäftigte sich in zwei Schwerpunkten mit dem Ökosystem Ostsee. Zum einen stellte die Referentin die natürlichen Bedingungen und die daraus resultierenden ökologischen Probleme dar, zum anderen analysierte sie die menschlichen Einflüsse und Folgen des Klimawandels für die Ostsee. Zu nennen wären einerseits der begrenzte Wasseraustausch durch einen schmalen Einstrom aus Nordsee und Atlantik, andererseits der Sauerstoffmangel in der Ostsee („Todeszonen“). Negative Folgen durch den Klimawandel für das Ökosystem Ostsee sind der ungebremsste Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration und die damit einhergehende Temperaturveränderung, die Eisschmelze und der Verlust von Lebensraum für die Tiere sowie die vermehrten Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Ostsee, wodurch sich Cyanobakterien verstärkt bilden. Die Referentin verweist zum Schluss auf den hohen Nutzungsdruck der Ostsee, der ihren ökologischen Zustand zukünftig verschlechtern wird.



Bernd Henningsen, Michael North, Maren Voß und Martin Koschkar auf dem Podium nach dem ersten Panel (© AGOS 2015).

Das zweite Panel konzentrierte sich auf die „Aspekte des Ist-Zustandes: Die politischen Systeme und Beziehungen im Ostseeraum“.

Christian Nestler, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre, sprach über „Die politischen Systeme“. In seinen Ausführungen stellte er heraus, dass „seit 1945 bzw. 1989 ein Trend zu funktionsfähigen und stabilen Demokratien sowie wohlfahrtsstaatlich orientierten Volkswirtschaften zu erkennen“ ist. Dennoch finden sich innerhalb des Ostseeraums zwei verschiedene Teilregionen, die nordischen Länder sowie die Transformationsstaaten. Durch seine Ausführungen zum Forschungsstand wurde deutlich, dass sich diese Unterteilung auch in der wissenschaftlichen Literatur wieder finden lässt. Zum Abschluss stellte Nestler die These auf, dass der Ostseeraum als Ganzes nicht als Modellregion bezeichnet werden kann, aber innerhalb dieser Region einzelne Anrainer oder Teilregionen zu verschiedenen Zeiten Modelle entwickelten, wie z.B. der Umgang mit (rechts-)populistischen Parteien, und somit von einem Laboratorium gesprochen werden könnte.

Martin Koschkar, M.A. ging auf „Das Mehrebenensystem der Ostseekooperation aus deutscher Perspektive“ ein. Nach einer Vorstellung verschiedener Möglichkeiten der Strukturierungen der zahlreichen Kooperationsformen

der Region (territorial und funktional), folgte ein kurzer Abriss über die Entwicklung der Ostseezusammenarbeit. Deutlich wurde, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Ganzen weniger auf die Region beziehe, deren nördliche Bundesländer hingegen „treibende Kräfte“ darstellten. In diesem Zusammenhang wurde genauer auf den Bezug zum Ostseeraum der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern eingegangen und deren subnationale Außenbeziehungen in der Ostseeregion aufgezeigt. Zum Abschluss wies *Koschkar* darauf hin, dass „die deutsche Perspektive auf das Mehrebenensystem der Ostseekooperation mehrdimensional ist“ und besonders die norddeutschen Länder durch eigene Impulse die Entwicklung der Kooperationen gestaltet haben. Die Bundesebene profitiert somit von den subnationalen Außenbeziehungen der norddeutschen Länder, deren Schwerpunkt im Ostseeraum liegt.



Detlef Jahn (© AGOS 2015).

Der letzte Referent des Panels *Prof. Dr. Detlef Jahn*, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, referierte über die „*Wahrnehmung und Zukunft der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland und Schweden*“. Zu Beginn hielt *Prof. Jahn* bereits fest, dass die Kernenergieebatten der beiden Ländern exemplarisch für deren politischen Stil stehen und stellte die These auf, dass die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Kernenergie tief in der

politischen Kultur verwurzelt sind. Im Folgenden wurde eine Analyse zur Einstellung der Kernenergie kollektiver Akteure anhand von unterschiedlichen ökologischen Bedeutungspaketen der beiden Staaten sowie der Einfluss von Schlüsselmomenten (Kernenergiereferendum 1980 in Schweden, Katastrophe von Tschernobyl 1986 oder Fukushima 2011) in den vergangenen Jahrzehnten dargestellt und verglichen. In den Ausführungen von *Jahn* wurde deutlich, dass in Schweden seit den 1980er Jahren ein Kernenergiekonsens herrscht, während es in Deutschland seit dem Kernkraftunglück in Tschernobyl 1986 zu einer starken Radikalisierung der Kernenergie-debatte bzw. nach Fukushima 2011 sogar zu einer Energiewende kam.

In der anschließenden Diskussion wird die Problematik (rechts-)populistischer Parteien in den politischen Systemen der Ostseeanrainerstaaten aufgegriffen. Genauso wird die Bezeichnung „Modellregion“ nochmals diskutiert und inwieweit das Modellhafte der Ostseeregion gefunden werden kann. Davon wird abhängig gemacht, was ein Modell in den jeweiligen Themenbereichen eigentlich ist. Neben der Rolle Hamburgs als aktives Bundesland wurde in Bezug auf die Ostseekooperation die ökonomische Zweiteilung im Ostseeraum, sprich die Schwierigkeiten für kleinere Länder die einzelnen Kooperationsforen zu bespielen, nochmals thematisiert. Des Weiteren wurde zur Kernenergie-debatte angemerkt, dass nicht nur die Energiegewinnung, sondern auch der Uranabbau und die Beseitigung des Atommülls von Bedeutung sind.

Das dritte Panel stand unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Herausforderungen: „*Integration oder Isolation? – Russland im Ostseeraum*“.

*Prof. Dr. Jörn Dosch*, Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik und Entwicklungszusammenarbeit der Universität Rostock, referierte zum Thema: „*Russland – Zwischen Welt- und Regionalmacht*“. Dabei stellte er die Relevanz Russlands in der internationalen Politik heraus und wies dabei auf die derzeitige Verschiebung des Mächtegleichgewichts hin. *Dosch* präsentierte die Attribute einer Großmacht, die er zugleich auf den russischen Staat anwandte. In seinen Ausführungen kam er zum Schluss, dass diese gängigen Attribute nicht vollständig erfüllt sind, da Letzteres – die Legitimität als Führungs- bzw. Hegemonialmacht – nicht gegeben sei. Als zweiter Referent trat *Prof. Dr. Andreas Steininger* auf, der Professor für Wirtschaftsrecht des Ostinstituts in Wismar ist. Der Referent kehrte just von einer viertägigen Delegationsreise mit dem Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, *Erwin Sellering*, aus dem Leningrader Gebiet um St. Petersburg zurück. Er betrachtete innerhalb seines Vortrages den wirtschaftlichen Aspekt der Kooperation mit Russland und stellte sich im Titel seines Beitrags bereits die Frage: „*Wirtschaft – Außenwirtschaft mit oder ohne Russland?*“ Zu Beginn arbeitete er anhand von Wirtschaftszahlen einen kurzen Rückblick der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland aus und machte auf die Notwendigkeit jener aufmerksam. *Steininger* erläuterte, dass eine derzeitige Zusammenarbeit mit Russland ausschließlich über eine wirtschaftliche Kooperation möglich sei. Er fügte hinzu, dass die **ökonomische Kooperation** mit Russland als letztes Standbein betrachtet werden

kann und auf dieser Grundlage die Möglichkeit besteht, während einer politischen Eiszeit über den Bereich der Wirtschaftskooperation neue Themen – ebenso die der Politik – auffassen zu können. Unter den Aspekten des internationalen und innerstaatlichen Rechts, der Wirtschaft und der Politik vertiefte *Steininger* seine Auffassung und untermauerte diese sowohl aus der deutschen als auch russischen Perspektive.



Andreas Steininger (© AGOS 2015).

Als letzter Referent des Panels wurde *Dr. Tobias Etzold* von der Stiftung Wissenschaft und Politik aus Berlin begrüßt. Er setzte sich während seines Vortrages mit dem Aspekt der Sicherheitspolitik im Ostseeraum auseinander. Sein Vortrag stand unter dem Titel: „Sicherheit – Die Ostseeanrainerstaaten vor neuen Herausforderungen“. *Etzold* stellte zu Beginn seiner Ausführungen die Merkmale der Sicherheitslandschaft in Nordeuropa heraus. Dabei kam er zum Schluss, dass innerhalb der baltischen Staaten ein Sicherheitsvakuum besteht. *Etzold* unterstrich dies mit kürzlich stattgefundenen Militärbewegungen verschiedener Akteure im Ostseeraum und machte ebenso auf die Herausforderungen der hybriden Kriegsführung aufmerksam, die er zugleich definierte. Dazu zählen zum einen die stärkere Notwendigkeit einer effektiven Sicherheitspolitik, eine kohärente und umfassende nationale sowie regionale und internationale Sicherheitsstrategie im Ostseeraum und zum anderen eine langfristige militärische Koordination, Zusammenarbeit und Kommunikation im Ostseeraum.

Innerhalb der sich anschließenden Diskussion ging es vor allem um den Umgang der Politik mit Russland in den letzten 15 Jahren und dem daraus einhergehenden Konfliktpotential für die Region des Ostseeraums. Es wurde deutlich, wie verschieden die Betrachtung des Konfliktes mit Russland ist, denn für Teile des Publikums entstammte dies sowohl aus russischer und westlich-europäischer Interaktion.

Ebenso wird die Finanzierung des Ostinstituts in Wismar hinterfragt, da jenes sich für den Erhalt und Ausbau von deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einsetzt. Dies wird zwischen den Gästen im Publikum und dem Referenten *Steininger* durchaus kontrovers diskutiert, da zugleich die Begrifflichkeit der Lobbyarbeit innerhalb der Diskussion aufkommt und dies vom Referenten strikt verneint wird.

Im Anschluss begrüßte *Prof. Werz* die Botschafterin der Republik Estlands in Deutschland, *Dr. Kaja Tael*. Ihr Festvortrag stand unter dem Thema: „Ostseepolitik vor neuen

*Herausforderungen. Eine estnische Perspektive*“. Die Botschafterin merkte an, wie wirtschaftliche Stärke, positive gesellschaftliche Entwicklungen und Transparenz die politische Stabilität eines Staates ebenso sicherstellen, wie die militärische. Sie ging auf Russlands, aus ihrer Sicht, aggressive Außenpolitik im Bezug zur Krim-Krise ein und hob hervor, dass etwas Vergleichbares für das Gebiet Estlands nicht in Betracht kommen würde. Mit Blick auf die Zukunft schloss sie: „Ich bin sicher, dass die neuen politischen Herausforderungen der Ostseeregion aus der digitalen Hälfte des 21. Jahrhunderts kommen und nicht aus der Politik des 19. Jahrhunderts.“



Kaja Tael (© AGOS 2015).

## Tag 2: Weitere Herausforderungen und Lösungsansätze

Am Vormittag des zweiten Tages wurde der Aspekt der aktuellen Herausforderungen fortgeführt und sich zunächst mit den Thematiken *Umwelt und Wohlfahrt*, sowie *demographischer Wandel, Gesellschaft und Kultur* beschäftigt.

*Prof. Dr. Marco Joas* von der Åbo Akademi aus Turku/Finnland sprach zum Thema „*Environmental Policies in the Baltic Sea Region*“ und stellte den Ist-Zustand in der Region dar und machte zugleich auf die problematischen Einflüsse aufmerksam. Dazu zählen vor allem die Bevölkerungsentwicklung, die Landwirtschaft, der Verkehr und die Entwicklung der Industrie im Ostseeraum. Es wurde deutlich, dass diese Einflüsse ebenso Veränderungen der

Positionen der eigentlichen Staaten und deren gouvernementalen Systeme hervorrufen. Neue Akteure nehmen verschiedene Rollen in der Entwicklung des Ostseeraums ein, so Joas. Er teilte diese Akteure und Institutionen in zwei bereits bekannte Gruppen ein und fügt somit neben den staatlichen und nicht-staatlichen Gruppen eine neue hybride Gruppe hinzu, deren Akteure sowohl als staatlich und nicht-staatlich definiert werden können.

Es folgte der Vortrag von Dr. Kati Kuitto, von der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald mit dem Thema „Welfare policies in the Baltic Sea Region“. Sie führte aus, dass es drei verschiedene Gruppierungen eines Wohlfahrtsstaates im Ostseeraum gibt. Dazu zählen der *social democratic/nordic welfare state*, welcher die Anrainerstaaten Schweden, Dänemark und Finnland umfasst; der *conservative-corporatist welfare state*, welcher in Deutschland zu finden ist; und der *transitional welfare state* zu dem Polen und die drei baltischen Staaten gezählt werden können. Im Anschluss an die Gruppierung wurde auf Finanzierungsmethoden der einzelnen Modelle eingegangen und deren Problemstellungen genannt. Während einer kurzen Diskussion im Anschluss der Vorträge wurden einige Nachfragen zu Unterschieden in den



Kati Kuitto (© AGOS 2015).

Begrifflichkeiten wie „Tax“ (Steuern) und „Contribution“ (Leistungsabgaben), die während des Vortrages von der

Referentin verwendet wurden geklärt.

Im zweite Panel des Tages sprach Dr. Domantas Jasilionis vom Max Planck Institute for Demographic Research in Rostock zu „Recent life expectancy improvement in the Baltic countries: determinants and future challenges“. Er verglich dabei die Entwicklung der Lebenserwartung in den baltischen Staaten seit dem Jahr 2000 mit dem entsprechenden Bruttoinlandsprodukt und machte deutlich, wie abhängig jene Entwicklung von wirtschaftlichen Aspekten ist. Er unterstrich dies anhand einer weiteren vergleichenden Darstellung, die die wirtschaftliche Stellung und die Lebenserwartung der baltischen Staaten im europäischen Vergleich offenlegt. Abschließend machte er deutlich, wie stark die Auswirkungen von wirksamen Reformen innerhalb der baltischen Staaten während der Transformation waren und verglich dabei Estland als positives Beispiel mit den Staaten Litauen und Lettland, die das Gegenteil bilden.

Anschließend referierte Assoc. Prof. Dr. Josefina Syssner von der Universität Linköping, Schweden, zum Thema: „Shrinking municipalities in Sweden – causes, consequences and policies“. Sie führte aus, dass eine starke Bevölkerungsveränderung in den letzten Jahren in Schweden stattgefunden hat. Diese Bevölkerungsentwicklung hatte zur Folge, dass bereits bestehende Ballungsräume größer wurden und in ländlichen Räumen die Bevölkerung weiter abnahm. Das Bewusstsein für diese Veränderung innerhalb Schwedens eröffnete erstmals eine Diskussion zum Umgang mit der bevorstehenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Es wurde hervorgehoben, dass ein Teil des Vorwissens aus Deutschland stammt und sich die Forschung in Schweden auf jenes stützt. Der demographische Wandel ist eine Tatsache, die lokale Akteure nur in geringem Maße beeinflussen können. Gemeinden nutzen eine Reihe von Maßnahmen, um dem demographischen Wandel entgegenzuwirken, diese sind zumeist jedoch sehr spontan und wenig nachhaltig. Aus diesem Grund empfahl Syssner jeweils eine lokale Anpassung des *policy* Aspekts.

Im letzten Vortrag des Panels sprach Prof. Dr. Outi Tuomi-Nikula von der Universität Pori, Finnland zum Thema: „Der Ostseeraum als Herausforderung aus Sicht der Cultural Heritage Studies in Finland“. Tuomi-Nikula stellte in ihren Ausführungen verschiedene Projekte vor, die sie in den letzten Jahren begleitet und durchgeführt hat. Dazu gehörte beispielsweise ein Projekt über die Möglichkeit der finnischen Migranten aus zweiter Generation innerhalb Europas nach Finnland zu migrieren. Ebenso wurde die Universitätskooperation zwischen Rostock und Pori betrachtet. Zum Abschluss stellte sie die Herausforderungen für die weitere Arbeit der Cultural Heritage Studies in Finnland heraus.

In der Diskussion wurde explizit nach Hinweisen für die Bevölkerungsstrukturentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gefragt. Syssner antwortete dabei zusammenfassend und wies darauf hin, dass eine genaue Betrachtung der einzelnen Gebiete nötig ist und man dabei nicht generalisieren dürfe. Jasilionis wird gefragt, welche Rolle die Lobbyarbeit der Alkoholunternehmen in den baltischen Staaten spielt. Er führte aus, dass es sowohl eine angeregte Diskussion innerhalb der Staaten gibt als auch

über eine Reform der Besteuerung nachgedacht wird, es jedoch seit 2007 keine Veränderungen mehr gab.

Das Panel *„Lösungsansätze I: Raum, Wahrnehmung, Vernetzung“* wurde durch den Vortrag *„Die digitale Konst-*



Lara Marschall (Übersetzerin), Domantas Jasilionis, Roland Löffler, Josefina Syssner und Outi Tuomi-Nikula auf dem Podium nach dem fünften Panel (© AGOS 2015).

*ruktion von Öffentlichkeit. Social Media im Ostseeraum“* von Prof. Dr. Birgit Stöber von der Copenhagen Business School eröffnet.

Die mediale Konstruktion von Öffentlichkeit geschehe durch digitale Infrastrukturen. Die Inhalte der verschiedenen Plattformen können erst auf bestimmte Themen aufmerksam machen und definieren somit Räume. In der EU-Rhetorik scheine der Ostseeraum prädestiniert für mobile Technologien zu sein, da laut Statistiken der EU die technische Infrastruktur der europäischen Länder gut entwickelt sei. Die Offenheit gegenüber digitalen Medien und das Ausbildungsniveau der Bürger seien relativ hoch, wenngleich Deutschland und Polen diesbezüglich im Ranking im hinteren Mittelfeld liegen. Die Referentin resümierte, dass die Chance, soziale Medien als länderübergreifende Instrumente zu fördern, bisher noch nicht ausreichend genutzt wurde, aber Potential habe.

Aus der Akteursperspektive referierte Susanne Scherrer zur *„Kooperation mit Bodenhaftung – wie Interreg-Förderung die makroregionale EU Strategie im Ostseeraum verwurzelt“*. Die EU-Ostseestrategie ist die erste makroregionale Strategie der Europäischen Union, die zum Ziel hat, die Kooperation länderübergreifender Teilräume zu fördern. Scherrer stellte insbesondere den überarbeiteten, diesjährigen Aktionsplan des 6. Jahresforums in Jürmela, Lettland, vor. Die drei Oberziele wurden zusammengefasst unter den Stichpunkten: „save the sea“, „to connect the region“ und „to increase prosperity“. Als Direktorin des Förderprogrammes „Interreg Baltic Sea Region“ am Standort Rostock erklärte sie die direkten Finanzierungsmöglichkeiten der „flagship-Projekte“. Das Programmbudget beläuft sich auf 280 Millionen Euro, die hauptsächlich aus dem europäischen Fond für Regionalentwicklung kommen.

Kritischer stand die Referentin der dauerhaften Finanzierung der governance-Strukturen der Strategie gegenüber,

da die Akteure eine Art Subventionsmentalität bereits entwickelt hätten. Deshalb setze man sich innerhalb des Interreg-Sekretariats für eine gut organisierte Finanzierungspolitik der Förderprogramme ein. Genügend Mittel seien vorhanden, so Scherrer. Jedoch sei ein Mangel an politischem Willen in den Ostseestaaten zu konstatieren, da sie sich teilweise nicht auf konkrete Vorhaben in der Förderung einigen können. Mehr Kooperation wäre daher wünschenswert.

Zum Thema *„Eine integrierte Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums in der Ostseeregion – Vorüberlegungen zu einem Forschungsprojekt“* sprach Dr. Stefan Ewert von der Ernst-Moritz-Arndt Universität in Greifswald. Er knüpfte an eine der zentralen Herausforderungen der Ostseeanrainer an, die den Schutz der Ostsee im Blick haben sollten. Vor allem beschäftigte er sich mit den Nährstoffeinträgen aus der Landwirtschaft in die Ostsee. In seinen Vorüberlegungen zu einem potentiellen Forschungsprojekt stellte er die These auf, dass die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes Lösungspotential für die regionale Integration der Landwirtschaft in sich birgt. In seinen theoretischen Vorüberlegungen bezog er sich auf eine der großen europäischen Integrationstheorien, den Neo-Funktionalismus nach Ernst Haas aus den 1950er Jahren. Er zeigte auf, dass Landwirtschaftspolitik in der regionalen Integration des Ostseeraumes bisher kaum thematisiert wurde und es an einer abgestimmten Strategie fehle, wenngleich finanzielle Möglichkeiten vorhanden sind. Möglicherweise habe der hohe Integrationsgrad auf EU-Ebene die gemeinsame Zusammenarbeit in der Ostseeregion gemindert.

In der Diskussion wurde hinsichtlich der Ausweitung der digitalen Infrastrukturen kommentiert, dass in Deutsch-



Susanne Scherrer, Stefan Ewert, Birgit Stöber und Tim-Åke Pentz auf dem Podium nach dem sechsten Panel (© AGOS 2015).

land im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern den Nutzern nur wenige Kommunikationsforen zur Verfügung gestellt werden: Sei es konkrete Ansprechpartner in Universitäten ausfindig zu machen oder mit Journalisten in sozialen Medien zu debattieren. Stöber merkte an, die Chance bestehe darin, soziale Netzwerke als „richtiges Kommunikationsinstrument“ zu nutzen, um einen Austausch zu ermöglichen, dem aber gewisse soziale Verhal-

tensnormen folgen müssten. Scherrer fügte hinzu, dass in deutschen Behörden oftmals die Angst bestehe, sich durch konkrete Aussagen festzulegen und sich dadurch juristisch angreifbar zu machen.

Weiterhin wurde ein Wechsel in der EU-Subventionspolitik angeregt, da bisher keine Bedingungen und Standards gefordert werden, wie gewirtschaftet werden soll und Landwirtschaft so gestaltet werden kann, dass man beispielsweise die Nährstoffeinträge in die Ostsee verringern kann. Ein positives Beispiel wäre das Projekt „Baltic Deal“, das durch das Interreg-Förderprogramm finanziert wurde.

Das letzte Panel der Tagung „Lösungsansätze II: Der Beitrag von Ehrenamt und Zivilgesellschaft?“ begann mit dem



Mirko Schwärzel (© AGOS 2015).

Vortrag „Die europäische Perspektive“ von Mirko Schwärzel. Als „Lobbyist für die Zivilgesellschaft“ stellte er den Mehrwert durch die Einbindung der europäischen Zivilgesellschaft heraus und stellte verschiedene Definitionen des strapazierten Begriffs „Zivilgesellschaft“ vor. Der englische Begriff „voluntary sector“ passe hier am besten, so Schwärzel. In Europa sei festzustellen, dass die Bereitschaft sich im klassischen Ehrenamt zu engagieren, zurückgegangen ist. Projektgebundenes und kurzfristiges Engagement mit der Erwartung zu schnellen, messbaren Ergebnissen zu kommen, sind die Motive der heutigen

Engagierten.

Zur Messung der Zivilgesellschaft gibt es bisher nur wenig europäische vergleichbare Daten, wenngleich es dazu Initiativen gab. Jüngst lieferte in Deutschland das Projekt „Zivilgesellschaft in Zahlen“ Daten.

Die „Perspektive der baltischen Staaten“ stellte Dr. Elmar Römpczyk im folgenden Vortrag vor. Er stellte heraus, dass die Zivilgesellschaft im Baltikum unter Druck stehe, weil sie als kompensierende Kraft das übernehme, was der Staat und die Verwaltung nicht leisten. Die Zivilgesellschaft hat in den baltischen Staaten eine vergleichsweise schwache Stellung und vernetztes Handeln ist weniger ausgeprägt. Allerdings gibt es dringende Probleme wie Drogen- und Menschenhandel, die nicht von Nichtregierungsorganisationen bewerkstelligt werden können. Römpczyk schlug vor, dass ein wissenschaftlicher Beirat für den Ostseeraum sinnvoll wäre. Dieser solle in Kooperationen mit den Universitäten im Ostseeraum die vorhandene Expertise durch Einbindung der Zivilgesellschaft aufbereiten.

Über „Die dänische Perspektive – Aspekte der ‚Freiwilligenpolitik‘“ referierte im Anschluss Prof. Dr. Anders La Cour. Er verdeutlichte, den scheinbar paradoxen Versuch des dänischen Staates die Freiwilligenarbeit zu lenken. Aus der Perspektive des dänischen Staates leiste Freiwilligenarbeit etwas, was sich der staatlichen Einflussphäre entziehe. Bereits 1980 verlautete das Ministerium für soziale Angelegenheiten, dass der dänische Wohlfahrtsstaat die Freiwilligenarbeit benötige, obgleich die dänische Wohlfahrtspolitik der 1980er und 1990er Jahre, Freiwilligenarbeit nahezu überflüssig machte. Freiwilligenarbeit war nur teilweise in einzelnen Kommunen verankert, aber nicht auf nationaler Ebene. Der Referent berichtete aus eigener Erfahrung, dass Freiwilligenarbeit in Dänemark formalisiert wurde, da Freiwillige Kurse, bspw. in Fächern wie Ethik, belegen und sie mit einem Diplom abschließen können. Der Staat besitze eine Lenkungsfunktion, weil er den „Output“ der Organisation messen möchte. Die dänische Freiwilligenarbeit charakterisierte er als professionalisiert, weil den Freiwilligen vorgeschrieben werde, wie sie sein sollen und zu handeln haben. Das stehe im Widerspruch zur eigentlichen Idee der Freiwilligenarbeit. In der Diskussion wurde gefragt, inwiefern sich diese Erkenntnisse auf die Anzahl der Freiwilligen auswirken. Die Frage nach der Quantität konnte weniger beantwortet werden, allerdings habe der Staat großen Einfluss auf die Qualität der Freiwilligenarbeit. Der Vorwurf an die dänische Freiwilligenpolitik bestehe darin, dass der Staat seinen Erfolg nur an der Quantität der Freiwilligen messe. Zudem wurde nochmals herausgestellt, dass die politischen Kulturen der skandinavischen und baltischen Staaten sehr unterschiedlich sind. Im Baltikum wurden Parteien von Oligarchen gegründet, die durch die Vergabe von Stipendien an verschiedene Gruppen der Gesellschaft für ihr Engagement im Sinne der Partei bezahlt werden.

Vor der „Abschlussdiskussion: Eine „Modellregion“ im Wandel – Chancen für Mecklenburg-Vorpommern?“ fasste Dr. Roland Löffler die bisher referierten Themenaspekte noch einmal kurz zusammen.

Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren Prof. Dr. Gunnar Praise (DAAD-Langzeitdozent an der TU Tallin), Jochen Schul-



Während der Abschlussdiskussion (© AGOS 2015).

te (MdL, SPD), *Ilka Lochner-Borst* (Bürgermeisterin der Stadt Laage, CDU). Die Runde wurde durch die beiden Referenten *Susanne Scherrer* und *Prof. Dr. Birgit Stöber* ergänzt. *Jürgen Hingst* (NDR) moderierte die sich anschließende Diskussion. In dieser wurde vor allem die Herausforderungen und Chancen für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern thematisiert und mit Beispielen aus der kommunalen Politik ergänzt. So ging es um die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene der verschiedenen Ostseeanrainerstaaten, aber auch um das Profitieren voneinander. Eine vollständige Übernahme möglicher Lösungsstrategien anderer Anrainer soll nicht das Ziel sein, jedoch aus dem Erfahrungsschatz der Anderen zu lernen.

Zusätzlich wurden die Herausforderungen Dänemarks und Estlands thematisiert. Dabei fiel, was bereits in den verschiedenen Vorträgen deutlich wurde, auf, dass viele Anrainer sich besonders in der kommunalen Ebene mit ähnlichen Problemen befassen müssen. Der demographische Wandel und die Migrationsentwicklung der Bevölkerung stellt für die gesamte Ostseeregion eine große Herausforderung dar. Allerdings ist trotz vieler Ähnlichkeiten der Länder, das Finden gemeinsamer Lösungsstrategien erschwert.

Im Zusammenhang der Thematisierung der Ostseekooperation zeigten sich erneut die unterschiedlichen Auffassungen des Ostseeraums als Modellregion. Es herrsche Uneinigkeit, ob es so etwas wie eine Identität des Ostseeraumes überhaupt gäbe. Dennoch seien die Kooperationen der Länder wichtig. Anmerkungen aus dem Publikum unterstützten diese Auffassung, in dem auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns und Russland verwiesen wurde. Hier habe sich über Jahre hinweg das Verhältnis sichtlich gefestigt, weshalb dieser Kontakt aufgrund der aktuellen Russlandproblematik nicht abbrechen sollte. Mecklenburg-Vorpommern habe somit eine gewisse Brückenfunktion durch die Kooperation mit Russland. Die Anmerkung inwieweit das Aufstei-

gen Stettins zum Wirtschaftszentrum Chancen oder Herausforderungen für Mecklenburg-Vorpommern darstelle, wurde in der Hinsicht thematisiert, als das die Entwicklung zu einer Metropolregion positive Auswirkungen auf den östlichen Landesteil haben könnte.

Abschließend wurde festgehalten, dass Kooperationen in der Ostseeregion unausweichlich ist und besonders für Mecklenburg-Vorpommern Chancen bereithält. Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit der Stärkung des Interesses am Ostseeraum an den Universitäten des Landes verwiesen, das immer noch zu gering ausgeprägt ist.

### Anmerkungen

\* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben sich die Autoren in diesem Konferenzbericht für die Sprachform des generischen Maskulinums entschieden. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die ausschließliche Verwendung der männlichen Form geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

### Über die Autoren:

Diese sind studentische bzw. wissenschaftliche Hilfskräfte am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre des Instituts für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

E-Mail: [agos@uni-rostock.de](mailto:agos@uni-rostock.de)



© AGOS 2015.

## Impressum

Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät,  
 Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre/AGOS  
 Anschrift: Ulmenstraße 69, 18057 Rostock

Redaktion und ständige Mitglieder AGOS:

Prof. Dr. Nikolaus Werz [Leiter]	(nw)
Martin Koschkar, M. A.	(mk)
Christian Nestler, M. A.	(cn)
Dipl.-Pol. Tim-Åke Pentz	(tap)

Telefon: 0381/498-4444, Fax: 0381/498-4445, Email: agos@uni-rostock.de

Bildnachweis: Titelbild © Christian Nestler

ISSN 2198-9567